jeher, focht sich glücklich durch bis zum General-Mayor der Freiwilligen, wobei seine früheren Freunde, die Rebellen, wie es eben nicht anders sein konnte, zuweilen tüchtige Hiebe erhielten.

John ist habsüchtig und ziemlich eitel. Er strebte nach Amt und Geld und da die Unterwerfung der Rebellen seiner militärischen Laufbahn ein Ziel setzte, so begab er sich nach Washington und machte sich an Andrew Johnson, den neuen Präsidenten. Ob sie „Smollie" getrunken, können wir nicht mit Bestimmtheit behaupten, dagegen ist es wahrscheinlich, daß John den Präsidenten an alte demokratische Zeiten erinnerte. Was war der Zweck? Das sollte Johnson nur zu bald erfahren, denn nachdem die ersten Liebkosungen abgemacht waren, rückte John mit verschiedenen praktischen Vorschlägen heraus, die auf einen sehr fetten Job und ein hohes Amt für John A. Logan von Illinois abzielten. (Schriftliche Beweise für diese Thatsache sind noch in Johnson's Händen.) Das ließ sich aber schlechterdings nicht machen, denn das Amt war bereits zugesagt und der „Job" war unzulässig.

Jetzt ergrimmte John zum dritten Male und schwur Rache an Andrew Johnson. Und da steht er jetzt als sein Anklager und nennt ihn einen „Verräther an seinem Lande."

John hat es mit der Wahrheit nie sehr genau genommen. Als er im Herbste 1966 in Jasson County, Illinois, öffentlich auf dem Stump sich rühmte, in seiner Unionstreue nie gewankt zu haben, unterbrach ihn seine anwesende Schwester mit den Worten. „John, Du lügst! Du weißt doch noch, wie Du Deinen Schwager, meinen Mann, beredet hast, in die Rebellenarmee einzutreten, wohin auch Du bald nachher in die Union-Armee eingetreten bist."

Wie wir bereits oben bemerkten, ist John ziemlich eitel. Als „Manager" hat er eine papierne Rede ausgearbeitet, die voll von sinnlosen Phrasen und dogmatischem Unsinn ist Aber da dieselbe über 40 Druckseiten ausfüllt, so betrachtet sie John mit Recht als eine „große" Rede und hat denn auch nicht unterlassen, mit der Post des Staatsdepartement Copien derselben zur gebührenden Bewunderung an viele Staatsmänner und Zeitungen in Europa abzusenden.

Das ist unser John.

(Europäische Correspondenz der „Pa. Staats-Zeitung".)

Berlin, den 13. Mai 1868.

Beinahe in der ganzen civilisirten Welt beschäftigt man sich mit der Revision des Zolltarifs und der Organisation der internationalen commerciellen Beziehungen. Hier hält das Zollverein Parlament seine Sitzungen, in Frankreich agitirt der Veteran Thiers dieselbe Frage, nicht etwa im liberalen Sinne, sondern zu Gunsten einer Erhöhung der bestehenden Einfuhrsteuern, in Amerika will eine Partei und zwar die des Fortschrittes antirepublikanische Grundsätze zum Nutzen jener Partei dadurch ausbeuten, daß sie auf Prohibitiv Steuern dringt; in Italien, Belgien, kurz überall hat man die Nothwendigkeit erkannt, das Steuersystem einer gründlichen Revision zu unterwerfen und besonders wir in Deutschland sehen einer genugthuenden Lösung jener Frage mit Ungeduld entgegen, weil jeder Schritt nach Vorwärts nur zu der Hoffnung berechtigt, daß endlich die Bildung eines einigen Deutschlands das Resultat der Berathungen, Parlamentssitzungen und patriotischen Anstrengungen zur Erreichung jenes Zweckes sein möge. In der vorgestrigen Sitzung des Zollvereinparlamentes wurde zum erstenmale der Vertrag vorgelesen, auf welchen Baron von Beust zu Anfang dieses Jahres eingegangen ist und welcher, wenn er auch nicht jede wünschenswerthe Concession macht, doch ein Schritt in der rechten Richtung ist. Er wurde mit 246 gegen 17 Stimmen angenommen und bezieht sich auf namhafte Verminderung des Einfuhrzolles nach Oesterreich auf Eisen, Wollen- und Baumwollenwaaren 2c. Auch der Zollverein hat seinen Tarif auf mehrere Artikel bedeutend reduzirt, so zahlt zum Beispiel Wein anstatt 4 Thaler in Zukunft nur 2½ Thaler. Roheisen zahlt 5 anstatt 7½ Groschen wie bisher. Ich brauche Ihre Leser wohl kaum daran zu erinnern, daß so weit sich die Zollreduktion erstreckt, der Vertrag sich laut früherer Verträge nicht allein auf Oesterreich sondern auch auf England, Belgien, Italien und Frankreich bezieht. Beide Theile haben das Recht, den Vertrag am 1. Januar 1877 aufzuheben. Auch mit Spanien ist ein bis zum 1. Januar 1878 dauernder Vertrag abgeschlossen worden, welcher Deutschland dieselben Rechte wie Frankreich einräumt. Die Unterhandlungen mit der Schweiz dagegen Betreffs eines Vertrages sind abgebrochen worden. Es heißt, die preußische Regierung habe das Ausstoßen, politischer Flüchtlinge zur Bedingung gemacht, auf welche jedoch die Schweiz nicht eingehen wollte. Die Zurückberufung des russischen Gesandten in Paris, Baron von Budberg steht natürlich in enger Verbindung mit dem Umstand, daß Frankreich ein Uebereinkommen mit dem Petersburger Cabinet in Bezug auf die orientalische Frage und die Angelegenheiten in Deutschland treffen konnte. Unter den russischen Staatsmännern ist Baron v. Budberg der eifrigste Befürworter einer französischen Allianz gewesen; augenblicklich scheint die Sache aber unausführbar zu sein. Rußland kann sich nicht dazu entschließen mit Preußen abzubrechen und Frankreich hat Preußen nicht dazu vermocht, dem projektirten Bunde beizutreten. An die Stelle Budberg's ist Graf Stachelberg, der bisherige Vertreter Rußland's am österreichischen Hofe, getreten. Oesterreich hat sich seit Jahren lediglich durch einen Bevollmächtigten in St. Petersburg vertreten lassen und es wird deßhalb dort für genügend erachtet, daß Rußland ebenfalls in Oesterreich nur auf solche Weise vertren sei; Graf Stachelberg wird deßhalb keinen unmittelbaren Nachfolger in Wien haben.

Das berühmte Schloß Dieterich am Rhein ist ohnlängst vom Herzog von Nassau an den Herzog von Leuchtenberg verkauft worden. Der junge Fürst hat sich trotz allem Abredens in den Kopf gesetzt, eine französische Schauspielerin zu heirathen und zieht es deßhalb vor, seine bisherige Heimath zu verlassen.

H.

☞ Gen. Grant hat die Nomination der Negerradikalen Partei angenommen.

Die Staats-Zeitung.

Joh. Georg Hipper,
Herausgeber und Eigenthümer.

Harrisburg, Pa.

Donnerstag, Juni 4, 1868.

Demokratisches Staats-Ticket.

Für General Auditor:

Achtb. Chas. E. Boyle,
von Fayette County.

Für General-Landmesser:

Gen. Wellington H. Ent,
von Columbia County.

Tod des Ex-Präsidenten Buchanan.

James Buchanan, der 15te Präsident der Ver. Staaten ist nicht mehr! Er starb am letzten Montag in Wheatland nahe bei Lankaster City, um halb neun Uhr Morgens, in seinem 78sten Lebensjahre. Herr Buchanan wurde am 12. April, 1791 nahe bei Mercersburg in Franklin County, Pa. geboren. Im Jahre 1809 graduirte er im Dickinson Collegium zu Carlisle. Im Dezember desselben Jahres begann er das Studium der Rechtswissenschaft in Lankaster, unter der Leitung von James Hopkins. Von dieser Zeit an bis zu seinem Tode, war Lankaster sein Wohnort.

In seinem 23. Jahre wurde Hr. Buchanan als Mitglied in die Gesetzgebung erwählt. Als während des Krieges im Jahre 1812 die Engländer die öffentlichen Gebäuden in Washington niederbrannten, schloß sich Hr. Buchanan einer Compagnie Soldaten unter der Leitung des Capt. Shipen, an, und marschirte unter Major Ridgeway's Commando nach Baltimore. Da jedoch die Engländer sich zurückgezogen hatten, so wurde die Compagnie ihres Dienstes bald wieder entlassen.

Hr. Buchanan wurde mehrere Male in die Gesetzgebung, und dann im Jahre 1820 in den Congreß erwählt. Er diente in etlichen Sitzungen, zog sich aber freiwillig im Jahre 1831 zurück, und wurde kurz darauf von General Jackson als Minister nach St. Petersburg, Rußland ernannt. Nach seiner Rückkehr im Jahre 1833 von Rußland, wurde er von der Gesetzgebung von Pennsylvanien als Ver. Staaten Senator erwählt. Im Jahre 1845 wurde Hr. Buchanan von Präsident Polk als Staats-Sekretär ernannt. Präsident Pierce sandte ihn im Jahre 1853 als Minister nach England, und wurde dann schließlich im Jahre 1856 als Präsident der Ver. Staaten erwählt, welches Amt er bis zum Antritt des Abraham Lincoln bekleidete.

Hr. Buchanan war wegen seines hohen und ehrenhaften Charakters als Advokat und als Staatsmann sehr geachtet. Aber auch den Armen war er ein treuer Versorger. Die Mildthätigkeit von James Buchanan wird noch viele Jahre in den Herzen der Armen von Lankaster fortleben, da ihnen durch seinen Tod eine wohlthuende, väterliche Stütze geraubt ist. — Friede der Asche des gefeierten Todten.

Aus Achtung für den Verstorbenen, hat sich die Court von Lankaster County, die gerade in Sitzung war, vertagt.

Hr. Buchanan wird heute (Donnerstag) Nachmittag um 3 Uhr beerdigt.

Wieder zu Hause. — Wichtiger Geschäften halber machten wir letzte Woche einen kurzen Ausflug nach Pittsburg. Der Aufenthalt war aber sehr kurz, da Zeit und Umstände es nicht erlaubten, länger zu verweilen.

Da wir im Laufe dieses Sommers unsere Freunde in den verschiedenen Theilen dieses Staates zu besuchen beabsichten, so bitten wir im Voraus die geehrten Leser der „Staatszeitung" um gütige Nachsicht, falls der Ausstattung unseres Blattes nicht die gehörige Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Die Ursache dieser Besuche (die wir aber jedesmal auf nur wenige Tage beschränken müssen) ist eine dreifache: 1. um unsere Abonnenliste zu vergrößern, oder in andern Worten, um frische Rekruten für das Ripper'sche Corps anzuwerben, damit wir den Radikalen das Drommelfell im nächsten Herbst gehörig durchgerben können; 2. um ausstehende Gelder einzukassiren, d. h. um eine gehörige Portion von dem sogenannten, sehr heilsamen „grünen Lappen-Zugpflaster" zu bestellen, damit der arme Drucker ohne Kummer und Sorgen schlafen kann; und endlich 3tens: um im trauten Kreise lieber Freunde einige gemüthlichen Stunden zuzubringen.

In nächster Nummer werden wir einen kurzen Bericht über unsere Reise nach Pittsburg, East Liberty, Birmingham und Allegheny bringen.

Neue Agenten.

Es gemährt uns besonderes Vergnügen, den vielen Lesern der „Staatszeitung" in East Liberty und East Birmingham, Allegheny County, Pa. anzuzeigen, daß Hr. Franz Bopp von East Liberty, und Hr. Jakob Dressel von East Birmingham die Agentur der „Staatszeitung" daselbst übernommen haben. **Wir brauchen die Herren Bopp und Dressel nicht zu empfehlen, da Beide als kernfeste Demokraten und gewissenhafte Ehrenmänner rühmlichst bekannt sind. Sie sind authorisirt Abonnenten für unser Blatt zu sammeln, Gelder einzukassiren und für uns zu quittiren.**

Gen. McClellen ist von Präsident Johnson als Minister nach England ernannt worden. Der radikale Senat wird aber die Nomination verwerfen.

Wieder ein Sieg!

Ein Gewinn von 2,900

Stimmen seit letzter Wahl!!

Hurrah! Hurrrrrräh!

Bei der Stadtwahl in Washington City am letzten Montag, erwählten die Demokraten ihren Mayor mit etwa 500 Stimmen Mehrheit, ein Gewinn von 2,900 Stimmen seit letztem Jahre! Die Niggers stimmten fast alle das radikale Ticket.

Der Impeachment-Humbug.

Gerade als wir letzte Woche zur Presse gehen wollten, erhielten wir die frohe Nachricht, daß Präsident Johnson freigesprochen, das Impeachment-Gericht sich sine die vertagt, und der ganze gegen den Präsidenten erhobene Prozeß in Dampf aufgegangen sei, was wir auch unsern geehrten Lesern in wenigen Worten zur Zeit mittheilten.

Ueber die letzten Vorgänge in Washington und dem Schluß des Impeachment-Prozesses, sowie auch über die Abdankung des Hallunken Stanton und den Eindruck, den die ganze Geschichte auf das Volk macht, gibt uns der Philadelphia „Demokrat" einen näheren Einblick.

Wichtige Vorgänge sagt er, waren es, welche sich am 26. Mai zu Washington ereigneten. Noch ist das Resultat der Chicago Convention frisch in Aller Gedächtniß, kaum ist der radikale Jubel verhallt, welcher die heuchlerische neue Plattform, die neuen Nominationen und die Annahme derselben Seitens der beiden Candidaten begrüßte; und schon zeigt sich durch die Freisprechung des Präsidenten im Impeachment-Prozeß und durch die Abdankung Stanton's, daß die Chicago Convention nicht im Stande gewesen ist, den Bruch in der Partei zu heilen und das angestrebte „Schuldig" des Präsidenten zu retten.

Die Chicago Platform hat allerdings das Impeachment als einen radikalen Glaubens-Artikel hingestellt, aber sie hat das Verlangen von Stevens und Genossen, die Gegner des Impeachments im Senat mit Acht und Bann zu belegen, nicht erfüllt. Diesem letztern Umstand schreiben es jedenfalls die Impeacher zu, daß die „abtrünnigen" Senatoren nicht zur Buße getrieben und nicht genug eingeschüchert wurden, um auf Commando ihr Gewissen zu verkaufen. Ob durch solche Maßregeln ein anderes Resultat erzielt worden wäre, muß dahin gestellt bleiben. Die Impeacher ihrerseits hatten es während jener Geschäftspause in Washington nicht an allen möglichen Einschüchterungen fehlen lassen, und durch ihr infames Treiben die s. g. Abtrünnigen nur erbittert und sie mit noch größerer Entschiedenheit in ihren Ansichten erfüllt.

Das Resultat der neuen Abstimmung war ganz dasselbe wie jenes erste bei dem Votum über Artikel 11,—der Präsident wurde bezüglich des 2. und 3. Anklagepunkts freigesprochen. Freilich besaß die Majorität nicht die Gewissenhaftigkeit und Rechtlichkeit, welche man von Richtern verlangt. Anstatt den Präsidenten für Freigesprochen bezüglich aller Artikel zu erklären, versuchte sie zuerst das Impeachment-Gericht bis zum Juni zu vertagen. Nur das Votum von Oberrichter Chase dagegen, als sich Stimmengleichheit über den Antrag herausstelle, bewirkte daß derselbe durchfiel. Jetzt beschloß die Mehrheit den Impeach-Prozeß sine die zu vertagen, d. h. für geschlossen zu erklären. Und so ging sie auf gewissenlose Weise ihrer Richterpflicht aus dem Weg, über die andern Anklagepunkte abzustimmen und den Präsidenten in jedem Punkt für Nicht Schuldig zu erklären.

Bis jetzt hat man bei keinem Criminal-Prozeß in den Ver. Staaten eine solche Pflichtwidrigkeit von Richtern erlebt; bis jetzt stand es als gesetzlich fest, daß ein Angeklagter das Recht hat, eine Entscheidung des Gerichts in allen gegen ihn vorgebrachten Anklagepunkten zu verlangen, und daß es die Pflicht des Gerichtes ist, diesem Verlangen nachzukommen. Dem radikalen Ver. Staaten Senat, als Staatsgerichtshof, war es vorbehalten, dieser ersten Garantie des Rechts auf persönliche Freiheit Hohn zu sprechen. Dem Angeklagten haben sie damit nicht geschadet, wohl aber noch mehr dem Ansehen der ersten Behörde der Republik, welches bis zu diesem Prozeß vom größten und segensreichsten Einfluß war.

Wozu helfen nun alle Intriguen, alle Bestechungen, Einschüchterungen, Verdrehungen und Lügen? Das Ziel ist verfehlt. Und wenn die Chicago Convention mit ihrer heuchlerischen Platform und ihren Nominationen in den Augen der radikalen Führer ein Triumph war, weil sie jeden inneren Zwiespalt vertuschte und erstickte, so war das Ende des Impeachment-Prozesses, welches sofort darauf folgte, eine um so schmerzlicher und tiefer gefühlte Niederlage, je mehr Ursache das Land hat darüber zu jubeln. Der Bruch der in Chicago verheimlicht wurde, ist in Washington zu Tage gekommen. Stevens und Consorten werden das „Nicht Schuldig" der Abtrünnigen welches ein „Schuldig" für die Impeacher ist, nicht ruhig hinnehmen. Der Streit innerhalb der „rad." Partei ist damit für permanent erklärt. Für ihre Candidaten kann das nicht vortheilhaft sein. Auch dazu darf sich das Land gratuliren.

Aber der Ausgang des Impeachment-Prozesses sollte noch ein Nachspiel haben. Der Mann über welchen der ganze Scandal entstand, und der geschworen zu haben schien Zeit seines Lebens Inhaber des Kriegs-Departments bleiben zu wollen, Sekretär Stanton packte sofort seine Siebensachen, und sagte seiner Office Lebewohl. Man wundert sich, daß ein Mann, der sich bis jetzt so sehr durch Mangel an Takt und Bescheidenheit hervorthat, plötzlich begriffen haben sollte, was sich ziemt. Denn in seiner Zuschrift an den Präsidenten sagt er, da der Senat nicht mit ⅔ Mehrheit den Senats-Beschluß vom 21. Februar aufrecht erhalten habe „daß der Präsident kein Recht habe, den Kriegssekretär zu entfernen, und einen Beamten ad interim einzusetzen" so ziehe er sich zurück. Das klingt nicht übel. Aber sollte der zähe Herr Stanton nicht hauptsächlich durch die Reserion zum schleunigen Rückzug bewogen worden sein daß der Präsident mit seiner Absetzung resp. Austreibung Ernst gemacht haben würde? Wer könnte ihn schützen? Chicago hat seine Gegner im Senat nicht zu Paaren getrieben. Die Radikalen haben ihn im Stich gelassen, und der Senat hat ihm das Urtheil gesprochen. Der Präsident wurde nicht gezögert haben, es mit den gehörigen Mitteln zur Ausführung zu bringen.

Freiwilliger, wofür kämpftest Du?

"Alle Constitutionen, welche die Radikalen den südlichen Staaten unter dem Bajonett aufzwingen, enthalten Bestimmungen welche ausdrücklich den Zweck haben, den Neger nicht blos politisch sondern auch gesellschaftlich mit dem Weißen auf gleichen Fuß zu stellen und eine völlige Vermischung der beiden Rassen anzubahnen. Die neue Verfassung von Alabama zum Beispiel verbietet geradezu das Errichten getrennter Schulen für Neger und Weiße, und die neue Verfassung für Louisiana erklärt, daß den Negern der Zutritt zu allen öffentlichen Localen (Kirchen, Hotels, Bällen, Concerten, 2c.,) und ihren Kindern der Zutritt zu den öffentlichen Schulen in Gemeinschaft mit den Kindern der Weißen nicht versagt werden darf. Sogar noch weiter gehen die Radikalen in der neuen Verfassung für Süd Carolina, welche unter andern „modernen Improvements" die folgenden Bestimmungen enthält

> Die Kinder der Weißen und der Schwarzen sollen gezwungen werden, dieselben Schulen zu besuchen. Arme Kinder (unter der Obhut der Armenpfleger) sollen auch an Schwarze als Lehrlinge abgegeben werden.

Wir möchten wohl wissen, was das Volk unseres Staates dazu sagen würde, wenn es ein Congreß oder die Führer einer Partei wagen wollten, mit Hülfe des Bajonetts eine solche neue Ordnung der Dinge hier einzuführen? Wir möchten wohl wissen, wie viele weiße Kinder als „Lehrlinge" an brutale Neger „verbunden" werden könnten, ehe die weißen Männer ihre sicheren Büchsen von den Wänden herunter holen und nöthigenfalls zu den Sensen und den Dreschflegeln greifen würden, um solche frechen Insulte gebührend zurückzuweisen? Ohio wollte sich nicht einmal das Negerstimmrecht gefallen lassen und selbst das durch und durch radikale Michigan wies diese schwarze Pille zurück; um wie viel weniger aber würden sich die Bürger dieser Staaten die gesellschaftliche Gleichstellung der Neger gefallen lassen?

Darin liegt gerade das Schändliche der radikalea Politik, daß sie dem besiegten Süden Dinge aufzwingt, die der Norden hartnäckig zurückweist. Wenn Negerstimmrecht überhaupt recht und zweckmäßig wäre, dann müßte es der Norden zuerst einführen, denn seine Negerbevölkerung ist so gering, daß sie an dem Wahlresultate wenig ändern würde, zudem sind die hier wohnenden Neger durch den langen Aufenthalt unter uns bedeutend abgeschlissen und stehen jedenfalls auf einer höheren Culturstufe, als die eben erst aus der Sklaverei befreiten Plantagenneger des Südens, in deren dicken Schädeln es niemals Tag geworden ist. Der Norden will aber trotzdem seinen wenigen Negern das Stimmrecht nicht geben; die Weißen des Südens will man zwingen, sich von ihren unwissenden Negern niederstimmen zu lassen. Ja, nicht zufrieden damit, die Weißen des Südens unter eine brutale Negerherrschaft zu stellen, will man sie zu der Gesellschaftsstufe der rohen Neger herabdrücken! Um die Rassen-Gemeinschaft sicher zu stellen, fängt man mit den Schulen an, damit die Kinder der armen Weißen die Laster der in Rohheit, Laster und Verkommenheit aufgewachsenen Kinder der Samlo's und Diana's lernen!

Wir möchten den ehemaligen Soldaten wohl fragen, ob das es war, wofür er kämpfte? Wir möchten den zum Krüppel geschossenen Invaliden wohl fragen, ob das es war, wofür er seine gesunden Glieder einsetzte? Wir möchten wohl fragen, wie viele Freiwillige die Regierung bekommen haben würde; wenn sie bekannt gemacht hätte, daß sich der Krieg um Negerstimmrecht und die sociale Gleichstellung der Neger, um die Beschimpfung ihrer eigenen Rasse handelte? Es wurde den Freiwilligen feierlich versichert, daß sie für die Erhaltung der Union und Constitution zu kämpfen hatten; die Zwecke, zu welchen gegenwärtig die Führer der radikalen Partei die Resultate des Krieges mißbraucht haben, bilden einen infamen Betrug gegen alle, die sich freudig in den Kampf stürzten, eine colosale, durch nichts zu entschuldigende Lüge.

Werden die Radikalen im Stande sein, ihre gehässigen Pläne durchzuführen und den Süden schließlich in ein brutales Negerreich unter radikaler Diktatur zu verwandeln? Wenn wir das glauben könnten, dann müßten wir an der Republik, an der Freiheit, an der eigenen Rasse verzweifeln. Weil die Republik leben soll, deßhalb muß der Radikalismus mit seinen giftigen Auswüchsen untergehen!

Thaddäus Stevens

hat sich wieder durch eine unverschämte Aeußerung ausgezeichnet. Als er gefragt wurde, ob seiner Meinung nach Senatoren gerechtfertigt seien, bei dem Impeachment-Prozesse einen Meineid zu begehen, um die Verurtheilung des Präsidenten zu erwirken, antwortete er sehr ruhig: „Ich glaube, mein Herr, daß es Ihnen nicht schaden würde."

Was hat Stevens zu fürchten, nachdem er der Congreßmajorität seinen eigenen Geist eingehaucht? Er darf es wagen, sich an einer Untersuchung wegen Bestechung einzelner Senatoren zu gleich offen einen Meineid, wenn derselbe zu Gunsten seiner Partei geschworen wird, zu billigen. Herr Stevens erklärt es täglich, daß er dem Grundsatze huldigt: „Wer die Macht hat, hat auch das Recht." Indessen so empörend auch die Wirksamkeit dieses Mannes vom politischen und sittlichen Standpunkte aus erscheint, so wird dieselbe, wenn auch gegen seinen Willen, das Gute zur Folge haben, von der republikanischen Partei alle ehrlich denkenden Mitglieder entfernen zu helfen.

Die große Fortschritts Partei.

Als im Jahre 1860 die republikanische Partei in den großen Kampf zog, da wurde es, zur Bedeckung ihrer vielen Blößen, durchaus nothwendig, ihr ein Mäntelchen umzuhängen. Die Taufpathen, die in Chicago die Köpfe zusammensteckten, verstanden dies Geschäft ausgezeichnet. Sie gaben ihr den Namen „Die Fortschritts- und Freiheitspartei" und das zog vortrefflich. Wie viele Tausende, namentlich von unseren sentimentalen Deutschen, ließen sich durch dies trügerische Schlagwort in das Netz jener Partei locken? Was half es, daß die demokratische Presse auf die Gefahren einer sectionellen Partei aufmerksam machte? Was halfen ihre feierlichen Warnungen, daß der Sieg einer solchen Partei nothwendiger Weise einen Bürgerkrieg herbeiführen müsse? Nichts, gar nichts, half es. Es war einmal die große Freiheits- und Fortschrittspartei, und ihre begeisterten Anhänger marschirten mit ungeheurem Jubel hinter der Fortschrittstrommel her, zündeten ihre Lampen an, zogen die Wachstuchkappen über ihre erhitzten Köpfe, retteten als Wide-Awakes das Vaterland und ließen sich keinen Augenblick durch das "Gekrächze der demokratischen Unglückraben" stören.

Die sectionelle Partei siegte. Sie hat seit sieben Jahren das Land unbeschränkt beherrscht, und ihre Thaten liegen wie ein aufgeschlagenes Buch vor uns. Es ist gewiß: sie hat sich richtig als eine Fortschrittspartei bewiesen. Wir haben unter ihrer Herrschaft ganz ungeheure Fortschritte gemacht—Fortschritte, wo von sich vor 10 Jahren Niemand etwas hätte träumen lassen. Daran erinnert uns jeder Zwei-Centstempel, den wir auf eine Quittung kleben, daran werden wir erinnert, wenn wir auf den Markt oder in den Store gehen und das Taschenbuch öffnen, und mit dem schönen Fortschrittsgeld die schönen Fortschrittspreise bezahlen. Der Steuerassessor erinnert unsdaran, wenn er an unsere Thür klopft um seine Nase in unsere Bücher und Geschäftezu stecken, oder wenn er uns nach Onkel Sams Steueramt citirt, um unsere Gewerbsscheine zu lösen. Und wenn wir erst gar vor den gestrengen Collektor treten, der hinter den dicken Büchern sitzt, „um dem Kaiser zu zahlen, was zu zahlen ist", ann gehen uns vor lauter Fortschrittsgedanken die Augen über, und wir ziehen mit leerem Beutel heim und verfallen am Ende auf die höchste unloyale Idee, daß der Fortschritt denn doch ein sehr theurer Luxusartikel ist.

Im Jahre 1860 waren die Ver. Staaten fast schuldenfrei. Jetzt haben wir eine Mortgage von dreitausend Millionen Doll. auf unserem Eigenthum und mit den jährlichen Zinsen könnte man verschiedene europäische Fürstenthümer kaufen. Ist das nicht ein Improvement, ist es nicht ein großer Fortschritt?

Früher zog Onkel Sam keine direkte Steuern und er vertheilte in seiner dummen Gutmüthigkeit die geringen Lasten so viel wie möglich gleichmäßig unter alle Klassen. Jetzt bezahlen blos die dummen und die ehrlichen Leute, und Diejenigen, die nicht anders können, die Steuern, und die Pfiffigen zahlen nichts und theilen sich ganz offen mit den Beamten in die Beute, woraus hervorgeht, daß wir auch im Punkte der Moral unter der Herrschaft der Fortschrittspartei ganz ungeheure Fortschritte gemacht haben. Vom Stehlen reden wir nicht; es ist in unserem fortgeschrittenen Zeitalter so alltäglich geworden, daß es sich nicht der Mühe lohnt, davon zu reden.

Vor 1860 hatten wir so eine kleine Armee, daß wir uns eigentlich schämen mußten, in der Cultur noch so weit zurück zu sein. Auch dieser Fehler ist durch die große Fortschrittspartei verbessert worden. Wir haben jetzt eine große stehende Armee, die jährlich zahllose Millionen verschlingt und Generäle genug, um noch eine größere zu commandiren. Die beschränkten" Ideen der Väter der Republik, die eine große stehende Armee für freiheitsgefährlich, wie eine große Nationalschuld für einen Fluch hielten, sind von den weisen Häuptern der Fortschrittspartei als veraltet und abgeschmackt über den Haufen geworden.

Vor 1860 hatten wir eine Union, groß fest und stark, die durch einfache Gesetze auf dem Fundament der Constitution regiert wurde. Jetzt haben wir eine verbesserte Union, verbessert durch fünf Militärdespotien, ein Neger Bureau und dreiviertel Millionen registrirte schwarze Stimmgeber in zehn Staaten. Die alte Constitution, die für unser „aufgeklärtes" und „fortgeschrittenes" Jahrhundert nicht mehr paßt, ist in die Rumpelkammer gewerfen worden, und an die Stelle Washingtons und Jeffersons sind neue Lichter wie Thad. Stevens und Ben Wade gesetzt worden, die durch ihre unergründliche Staatsweisheit — die Chinesen in Erstaunen setzen.

Es wäre uns unmöglich, alle die Fortschritte aufzuzählen, die wir der großen Fortschrittspartei verdanken.

Ihre Zahl ist Legion und da gegenwärtig die Geschäfte sehr flau gehen (was ebenfalls ein Fortschritt ist) so hat der Leser die beste Zeit, sich selbst die vielfachen und großen Segnungen dieser Partei ins Gedächtniß zu rufen.

Und sie kann gar nicht stillstehen; sie muß rastlos fortschreiten! Hält man ihr zum Beispiel vor, daß sie ihrer Chicago Platform schon hundertmal ins Gesicht gespücke hat, so antworten uns ihre Wortführer, daß das ganz in der Ordnung ist, weil sie beständig fortschreitet. Sie kommt uns vor wie der närrische Kauz, der auf der Leiter nach dem Monde steigen wollte und von Sprosse sprang, bis er seine Nase an den Schornstein stieß.

Ihr neuester Fortschritt besteht in der Abschaffung der Supreme Court, die von den Vätern der Republik eingesetzt, von den Weisen der radikalen Partei aber als ein überflüssiges Aergerniß betrachtet wird, und in der Erhebung des Gen. Grants zum unverantwortlichen Dictator über die zehn südlichen Staaten.

Ist dies geschehen, ist der Süden mit Hülfe der Neger „gefixt", dann muß der nächste Fortschritt dem Norden gelten. Ohio zum Beispiel, hat keine republikanische Regierung, denn es weigert sich, den Negern das Stimmrecht zu geben. Folglich muß der Congreß einschreiten und Ohio reconstruiren. Fügt sich Ohio nicht willig, so schickt man ihm Soldaten auf den Hals, und stellt es unter einen Dictator. Vielleicht schüttelt der Leser den Kopf, aber wir sagen ihm, daß das weiters nichts sein würde als die nothwendige Consequenz der radikalen Politik. Wie ein Eisenbahnzug, der unter voller Dampfkraft von der Bahn gerutscht ist und Verderben verbreitend den steilen Abhang hinunterläuft, kann auch die radikale Partei nicht mehr zurück. Das Volk muß sie in ihrer halsbrechenden Fahrt aufhalten, wenn es nicht von den Rädern ihres Karrens zerschmettert werden will?

Die neuen „Verräther".

Verräther ist in den Augen der Radikalen Jeder, der eine eigene Meinung hat und sie praktisch durchzuführen sucht. Im Laufe von wenigen Jahren sind unzählige Männer, die vordem eine tonangebende Rolle in der republikanischen Partei gespielt haben, in die Liste der Verräther eingetragen worden. Und viele Andere werden folgen. Es ist schon einige Jahre her, seitdem in Missouri die Blair, die Broadhead die Glover, bis How auf die Liste der Verräther kamen. Später folzten in anderen Staaten die Cowan, die Dixon, die Doolittle, die Stanberry, die Adams. Jetzt sind nun die Chase, die Trumbulls, die Fessendens an der Reihe.

Wer nach ihnen daran kommt, kann Niemand sagen. Die Liste ist im Anschwellen begriffen und wird bald so groß sein, daß sie drei Viertel des gesammten Volkes umfaßt.

(Correspondenz der Pa. „Staatszeitung".)

Meineid und Hochverrath!

Das Ehrenwort, das gilt nicht heilig mehr,
Drum soll der Mensch vor Gott die Eidesformel sprechen;
Doch — ob der Meineid noch so folgenschwer,
Das schreckt den Schlechten drum nicht, seinen Eid zu brechen;
Ja selbst aus Muthwill'n, gierig nach Gewinn;
Sich mit dem Glanz der Prunk- und Herrsch-Sucht auszuzeichnen,
Sagt keck er seine Eidesformel hin,
Und wagt es, Gott in seiner Allmacht zu verleugnen:
„So wahr mir Gott denk helfe" — spricht er aus.
Als Siegel seiner Lüge — ohne Scheu und Grauen,
Als ob da nie, in Trübsal, Noth und Graus,
Er betend brauche je zu Gott empor zu schauen!

> Der Bürger- und Amts-Eid. — Der Eid der Richter und Jury-Männer. — Der Fest- oder Prüfungs-Eid-Frevel.—Die Botschaft des Präsidenten vom 3. December v. J. — Das Impeachment des Präsidenten und die wahren Verbrecher.

Der Eid ist eine Anrufung Gottes, vor dem wir entweder ein Versprechen oder ein Zeugniß ablegen, wobei wir die Allwissenheit, Gerechtigkeit und Allmacht Gottes herausfordern, indem wir sagen: daß wir solches Versprechen oder Zeugniß wahrhaftigen Herzens ablegen, so wahr uns Gott helfe.

Der Mensch soll aber Gott nie herausfordern; seine Rede sei ja oder nein, was darüber geht, das ist vom Uebel; daher ist es in der That auch ein Uebel, daß der Eid, um der Unglaubhaftigkeit der Menschen willen, gesetzlich eingeführt ward. Das Wort auf Ehre sollte hinreichen, unsere Handlungen im Kampfe mit dem Truge und der Arglist zu beglaubigen; da wir jedoch nun einmal diese Versündigung an Gott als eine gesetzliche Handlung begehen, um so unheilvoller und Fluchbringender ist der Meineid in seinen Folgen.

Wer aus freventlichem Muthwillen, vorsätzlich und beträglich einen Meineid schwört, der verhöhnet und verleugnet Gott in seiner Allwissenheit, Gerechtigkeit und Allmacht, und sagt sich somit vermessen von der Hülfe Gottes los, in allen zukünftigen Nöthen und Anfechtungen; er versagt sich des Trostes, betend und vertrauend an Gott sich wenden zu können, in Zeit der Trübsal und ihn um Erreitung anrufen zu können bei drohenden Gefahren!

Wir wollen nicht den Eid verfolgen in seine Mannigfaltigkeiten, den der Gerechte und unschuldig Leidende im Kampfe mit dem Bösen nothgedrungen zu schwören hat, oder den der Gottlose schwört, um sich freventlich ungerechte Güter anzueignen, sondern wir wollen den Eid beleuchten, von dessen Heiligthaltung der Friede und die Wohlfahrt des ganzen Volkes abhängt, und dessen freventliche Verletzung von den unheilvollsten Folgen begleitet ist, in der Zerstörung des Glückes und der Sicherheit des Volkes und in der Gefährung seiner Institutionen, unter denen es glücklich und groß geworden, und als ein solcher steht in erster Reihe der Bürger-Eid, dessen Verletzung stets auch ein Amt des Hochverrathes ist.

Meineid am Bürger-Eide und Hochverrath, ist in der Monarchie nach monarchischen Prinzipien zu beurtheilen und zu bestrafen, wir aber in der Republik, haben solche Verbrechen nach republikanischen Prinzipien zu beurtheilen und zu bestrafen, ob auch unsere Demagogen die sich Republikaner nennen — und noch dazu radikale — das Volk zu gewöhnen suchen, die Prinzipien der Monarchie auf Fälle des Hochverrathes anzuwenden, um den wahren Republikanismus im Volke mehr und mehr herabzuwürdigen und zu ertödten!

Beim Bürgereide in der Republik schwören wir der Constitution die Treue; sie ist das Grundgesetz, nach welchem wir uns als ein freies Volk selbst regieren, und welches nicht verändert werden darf, außer auf dem gesetzlichen Wege der Amendirung, den die Constitution genau vorschreibt, zu deren Gesetzkraft Majorität der Staaten gehört!

Unsere Freiheit und unsere Selbstregierung ist in Gefahr, sobald wir Verletzungen der Constitution, das heißt: Meineid am Bürger-Eide und Hochverrath ungestraft begehen lassen!

Die Constitution ist ein übersichtlich, deutlich und faßlich geschriebenes Document, das jeder Bürger sich leicht einprägen kann, um in allen Handlungen sein eigener Richter zu sein, und selbst beurtheilen zu können, ob er Meineid an der Constitution und Hochverrath an der Republik begeht; ebenso kann jeder Bürger des Anderen Richter sein, ob er treu nach der Constitution handelt und somit ein loyaler Bürger der Republik ist oder nicht, ohne daß er einen gelehrten Richter zu fragen braucht, oder sich darüber Aufschluß bei einer höheren Court verschaffen mußte; denn der Eid auf die Constitution setzt von jedem Bürger voraus, daß er die Constitution in allen ihren Gesetzen garantirten Rechten und auferlegten Pflichten verstehen muß, sonst wäre der Bürger-Eid nichts als eine Posse — Farce — da wir etwas beschwören, was wir gar nicht verständen. Die